



Wahlprüfsteine des BVDM e.V.

Rheinland-Pfalz, Landtagswahlen im März 2021

Die Antworten der Parteien im Überblick (Datum: 05.02.2021)

(Klicken Sie mit dem Cursor auf einen dieser Punkte, Sie werden dann zu dieser Textstelle geleitet)

Inhalt

1. Die Fragen des BVDM e.V. an die Politik.....	2
2. CDU Rheinland-Pfalz: Antworten	3
3. SPD Rheinland-Pfalz: Antworten	4
4. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz: Antworten.....	6
5. Die FDP Rheinland-Pfalz: Antworten	7
6. AfD Rheinland-Pfalz: Antworten	9
7. DIE LINKE Rheinland-Pfalz: Antworten	10

Vorbemerkung des BVDM e.V.:

Um Missverständnis zu vermeiden:

- Der BVDM e.V. lehnt jegliche Art von Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung (wie z.B. Raserei oder Manipulation von Schalldämpfern) ab.
- Wir unterstützen sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen um die Lärmemission im Straßenverkehr zu reduzieren.
- Wir sind der Auffassung, dass Regelverstöße konsequent verfolgt und geahndet werden müssen.
- Gesetzestreue Motorradfahrer dürfen aber nicht in Sippenhaft für die Regelverstöße Dritter genommen werden.

1. Die Fragen des BVDM e.V. an die Politik

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für die Polizei und Präventionsmaßnahmen:

Der Bundesverband der Motorradfahrer (BVDM e.V.) lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrer, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Polizei benötigt dazu ausreichende personelle und technische Ressourcen.

Werden sich Ihre Partei, werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende Ressourcen bei der Polizei und für Präventionen einsetzen?

JA () NEIN ()

2. Motorrad-Streckensperrungen: In Rheinland-Pfalz gibt es Streckensperrungen einseitig nur für Motorräder. Entweder vollständig oder zeitweise. Es drohen weitere Streckensperrungen.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen einseitig nur für Motorradfahrer aussprechen?

JA () NEIN ()

3. Tempolimits einseitig nur für Motorräder: In Rheinland-Pfalz drohen auf einigen Straßen Tempolimits einseitig nur für Motorräder.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen einseitige Tempolimits nur für Motorräder aussprechen?

JA () NEIN ()

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot einseitig nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in Rheinland-Pfalz.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich gegen einseitige Fahrverbote nur für Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA () NEIN ()

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-Roller hingegen nicht. Elektromotorräder/-Roller nehmen im Vergleich zu PKW erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemission.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-Roller einsetzen?

JA () NEIN ()

2. CDU Rheinland-Pfalz: Antworten

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anbei unsere Antworten, da ich das PDF leider nicht beantworten konnte!

1. Ja
2. ja
3. ja
4. ja
5. nein

Gleichzeitig lassen Sie mich folgende grundsätzliche Ergänzungen machen:

- wir sind für eine technologieoffene Politik, die ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger ermöglicht
- gleichzeitig sind natürlich der Lärmschutz und die Erholung von Anwohnern und Touristen nötig.
- Unser Grundsatz: Wir reden mit und nicht über sie. Es sollte am besten zu einer einvernehmlichen Lösung kommen

Mit freundlichen Grüßen,

Gerd Schreiner

3. SPD Rheinland-Pfalz: Antworten

Die SPD hat direkt im Dokument durch das Ankreuzen geantwortet. Es gibt keine weiteren Kommentare.

Ein Bild des Dokumentes ist hier abgebildet.

Bundesverband der Motorradfahrer e.V.		
<small>BVDM e.V. – Der Vorstand - Michael Lenzen – Michael Wilczynski</small>		
An Alexander Schweitzer Fraktionsvorsitzender SPD Rheinland-Pfalz		Bundesverband der Motorradfahrer e.V. 1. Vorsitzender Michael Lenzen Claudius-Dornier-Str. 5 50829 Köln Rainald Mohr, BVDM e.V.
Per E-Mail: wahlkreis@alexander-schweitzer.de Alexander.Schweitzer@spd.landtag.rlp.de		E-Mail: rainald.mohr@bvdm.de www.bvdm.de
		10.01.2021
Betreff: Wahlprüfsteine für Motorradfahrer – Landtagswahl 2021 Motorradfahrverbote und Streckensperrungen		
Sehr geehrter Herr Schweitzer,		
anlässlich der Landtagswahl im März 2021 schreiben wir Sie in Ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz an.		
Für die Wahlentscheidung vieler Motorradfahrer, deren Familien und Freunden bei der Wahl im März 2021, ist Ihr Standpunkt, der Standpunkt der SPD, zu Motorrad-Streckensperrungen eine wichtige Entscheidungsgrundlage.		
Deshalb bitten wir Sie, untenstehende Fragen mit einem eindeutigen „JA“ oder „NEIN“ zu beantworten. Gerne können Sie zusätzlich ergänzende Erläuterungen vermerken. Die identischen Fragen senden wir auch an alle anderen zur Wahl stehenden Parteien.		
Um Missverständnis zu vermeiden: Der BVDM e.V. lehnt jegliche Art von Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung (wie z.B. Raserei oder Manipulation von Schalldämpfern) ab. Wir sind der Auffassung, dass Regelverstöße konsequent verfolgt und geahndet werden müssen. Gesetzestreue Motorradfahrer dürfen aber nicht in Sippenhaft für die Regelverstöße Dritter genommen werden.		
Die Fragen:		
1. Ausreichende und bessere Ressourcen für die Polizei und Präventionsmaßnahmen:		
Der Bundesverband der Motorradfahrer (BVDM e.V.) lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrer, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Polizei benötigt dazu ausreichende personelle und technische Ressourcen.		
Werden sich Ihre Partei, werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende Ressourcen bei der Polizei und für Prävention einsetzen?		
JA <input checked="" type="checkbox"/> NEIN ()		

Bundesverband der Motorradfahrer e.V.



2. Motorrad-Streckensperrungen: In Rheinland-Pfalz gibt es Streckensperrungen einseitig nur für Motorräder. Entweder vollständig oder zeitweise. Es drohen weitere Streckensperrungen.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen einseitig nur für Motorradfahrer aussprechen?

JA NEIN ()

3. Tempolimits einseitig nur für Motorräder: In Rheinland-Pfalz drohen auf einigen Straßen Tempolimits einseitig nur für Motorräder.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen einseitige Tempolimits nur für Motorräder aussprechen?

JA NEIN ()

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot einseitig nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in Rheinland-Pfalz.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich gegen einseitige Fahrverbote nur für Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA NEIN ()

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-Roller hingegen nicht. Elektromotorräder/-Roller nehmen im Vergleich zu PKW erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemission.

Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-Roller einsetzen?

JA NEIN ()

Sehr geehrter Herr Schweitzer, wir bedanken uns bereits jetzt für Ihre Mühe und erwarten Ihre Rückantwort innerhalb der nächsten 14 Tage. Wir werden alle Antworten sammeln, auswerten und veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

A. N. A. G.

4. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz: Antworten

Sehr geehrter Herr

sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für die Wahlprüfsteine Ihres Verbandes.

Gerne haben wir uns mit Ihren Fragen und Anregungen auseinandergesetzt und Antworten formuliert.

Mit besten Grüßen

P..... D.....

Mitarbeiter im Landtagswahlkampf

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für die Polizei und Präventionsmaßnahmen: Der Bundesverband der Motorradfahrer (BVDM e.V.) lehnt Raserei und Manipulation an Schalldämpfern ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrer, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Polizei benötigt dazu ausreichende personelle und technische Ressourcen. Werden sich Ihre Partei, werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende Ressourcen bei der Polizei und für Prävention einsetzen?

JA.

2. Motorrad-Streckensperrungen: In Rheinland-Pfalz gibt es Streckensperrungen einseitig nur für Motorräder. Entweder vollständig oder zeitweise. Es drohen weitere Streckensperrungen. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen einseitig nur für Motorradfahrer aussprechen?

NEIN.

3. Tempolimits einseitig nur für Motorräder: In Rheinland-Pfalz drohen auf einigen Straßen Tempolimits einseitig nur für Motorräder. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen einseitige Tempolimits nur für Motorräder aussprechen?

NEIN.

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot einseitig nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in Rheinland-Pfalz. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich gegen einseitige Fahrverbote nur Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

NEIN.

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-Roller hingegen nicht. Elektromotorräder/-Roller nehmen im Vergleich zu PKW erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-Rollern einsetzen?

JA.

5. Die FDP Rheinland-Pfalz: Antworten

Sehr geehrter Herr.....,

anbei schicke ich Ihnen im Auftrag unserer Spitzenkandidatin Daniela Schmitt die beantworteten Wahlprüfsteine. Im Namen von Daniela Schmitt darf ich Ihnen herzlich für das Interesse an der Programmatik der Freien Demokraten danken.

Bei Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

R..... W.

FDP Rheinland-Pfalz

Sehr geehrter Herr.....

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. Januar 2021. Es freut mich, dass Sie mir als Spitzenkandidatin der FDP Rheinland-Pfalz die Möglichkeit geben, zu den Anliegen der Motorradfahrerinnen und –Fahrer Stellung zu nehmen.

Als Partei der Freiheit ist es der FDP sehr wichtig, die Freiräume für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft möglichst groß zu halten. Wir wollen, dass unser Land und unsere Gesellschaft möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern die besten Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Wir wollen dort regulierend eingreifen, wo dies mit einem signifikanten Mehrwert für die Gesellschaft verbunden ist, aber überall dort auf staatliche Regelungen verzichten, wo diese nicht erforderlich ist.

Diese Maxime ist auch die Grundlage für meine Antwort auf Ihre Fragen:

1. Wird Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich für ausreichende Ressourcen bei der Polizei und Prävention einsetzen?

JA.

Die FDP ist eine Rechtsstaatspartei. Es ist für uns wichtig, dass der Staat die Bürgerinnen und Bürger schützt und Recht auch um- und durchsetzt. Dazu bedarf es aus Sicht der Freien Demokraten einer handlungsfähigen sowie in technischer und personeller Hinsicht sehr gut aufgestellten Partei. Wir fordern die Zahl der Polizeibeamtinnen und –beamten auf 10.000 in Rheinland-Pfalz zu erhöhen. Außerdem wollen wir die Polizei entbürokratisieren und so Kräfte freisetzen, damit unsere Polizei auch in der Fläche deutlich präsent ist. Für das Gerechtigkeitsempfinden der vielen rechtschaffenden Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass der Staat nicht nur Vorschriften erlässt, mindestens genauso wichtig ist, dass deren Einhaltung auch durchgesetzt wird. Wo dies nicht der Fall ist, herrscht Ungerechtigkeit und Willkür. Die Freien Demokraten haben deshalb in der Regierungsverantwortung auch die personelle Ausstattung der Justiz deutlich verbessert und so den Rechtsstaat deutlich gestärkt.

2. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen einseitige Streckensperrungen nur für Motorräder aussprechen?

JA.

Kaum ein Verkehrsmittel steht so sehr für Freiheit, wie das Motorrad. Die Freien Demokraten fühlen sich daher den Motorradfahrerinnen und –fahrern auch besonders verbunden. Streckensperrungen werden nicht leichtfertig vorgenommen und sind auch keine Schikane gegenüber Motorradenthusiasten. Vielmehr spielen dabei Sicherheitsabwägungen aber auch der Lärmschutz für eventuelle Anwohnerinnen und Anwohner eine Rolle.

Die FDP Rheinland-Pfalz hält es für wenig sinnvoll, seitens des Landes bestimmte Strecken einseitig für den Motorradverkehr zu sperren. Zweckmäßigerweise sollten solche Entscheidungen nicht auf Landesebene sondern von den zuständigen Behörden vor Ort getroffen werden. Da diese näher am Geschehen sind und auch die konkreten Beeinträchtigungen durch Lärm oder im Bereich der Verkehrssicherheit besser abschätzen können. Durch die Landesregierung veranlasste einseitige Streckensperrungen nur für Motorräder lehnen die Freien Demokraten ab.

3. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich im Rahmen der politischen Arbeit gegen einseitige Tempolimits nur für Motorräder aussprechen?

JA.

Die Freien Demokraten sind gegen pauschale Tempolimits. Geschwindigkeitsbeschränkungen sollten dort vorgenommen werden, wo dies aus Gründen der Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer geboten ist. Sinnvollerweise wird dies vor Ort auf Ebene der zuständigen Behörden entschieden. Ein pauschales, einseitiges Tempolimit nur für Motorradfahrerinnen und –fahrer wäre willkürlich und ungenau. Wer die Sicherheit für Motorradfahrerinnen und –fahrer verbessern will, muss die konkreten Unfallursachen in den Blick nehmen und dort ansetzen. Wir brauchen passgenaue und zielgerichtete Eingriffe auch zum Beispiel durch bauliche Veränderungen an der Streckenführung oder an Kreuzungen, durch punktuelle Auflagen oder Eingriffe, aber keine pauschalen Einschränkungen, welche nur die Motorradfahrenden in den Blick nehmen.

4. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich gegen einseitige Fahrverbote nur für Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA.

Aus Sicht der Freien Demokraten ist der Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Anliegen. Verkehr kann eine erhebliche Lärmbelastung darstellen und damit zulasten der Gesundheit und Lebensqualität der Anwohner gehen. Wichtig ist, dass man dabei die Gesamtsituation in den Blick nimmt. Ggfs. kann auch durch eine lokale Geschwindigkeitsbegrenzung die Lärmbelastung reduziert werden. Hier sind auch die Hersteller gefordert, verstärkt geräuschärmere Motorräder zu entwickeln, auf den Markt zu bringen und zu bewerben. Weniger laute Motorräder können eine große Erleichterung für lärmgeplagte Anwohner sein, gleichzeitig schmälert ein leiseres Motorrad nicht unbedingt den Fahrgegnuss für die Motorradfahrerinnen und –fahrer. Die Freiheit der Motorradfahrerinnen und –fahrer ist ohne Zweifel ein hohes Gut, gleiches gilt aber auch für die Gesundheit und Lebensqualität der Anwohner in betroffenen Gebieten. Hier gilt es eine nachhaltige Lösung zu finden und dies könnte zum Beispiel die Entwicklung geräuschärmerer Motorräder sein.

5. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-Roller einsetzen?

NEIN.

Elektromotorräder/-Roller haben gerade im Nahbereich ein großes Potential. Sie sind geräuscharm, umweltfreundlich und flexibel einsetzbar. Zweiräder mit Elektroantrieb sind aus Sicht der Freien Demokraten eine wichtige Ergänzung zu Fahrrad, Auto und dem Öffentlichen Personennahverkehr. Damit sie sich aber am Markt durchsetzen, muss es praxistaugliche und attraktive Elektrozweiräder geben. Das ist weniger eine Frage der Förderung als vielmehr eine der Nachfrage. Subventionen belasten die Gesamtheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und sind im Ergebnis oftmals unwirtschaftlich und teuer.

Aus Sicht der Freien Demokraten wäre es zielführender beim Ausbau der Elektromobilität sich nicht nur auf das Auto zu konzentrieren, sondern auch andere Verkehrsmittel gleich mitzudenken. Auch ein Elektroroller bzw. –motorrad benötigt eine Ladesäule. Die Verfügbarkeit einer entsprechenden Infrastruktur sowie attraktiver Fahrzeuge dürfte für viele Zweiradliebhaberinnen und –liebhaber ein weitaus wichtigeres Kaufargument sein, als eine steuerfinanzierte Förderung.

Mit freundlichen Grüßen



6. AfD Rheinland-Pfalz: Antworten

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für Ihre Anfrage vom 10.01.2021 sowie Ihr Interesse an unserem Standpunkt betreffend der für die Motorradfahrer im Land sehr wichtigen Themen. Dazu übermitteln wir Ihnen nachfolgend sehr gerne unsere Antworten auf die von Ihnen gestellten fünf Fragen.

Frage 1: JA

Lärmschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Dieser lässt sich aber differenzierter durch Kontrollen und Sanktionen als durch pauschale Fahrverbote umsetzen. Unsere Fraktion hat sich dazu entsprechend geäußert und setzt sich seit Jahren mit Stellungnahmen, Anträgen und in den Haushaltsberatungen für eine bessere Ausstattung der Polizei ein.

Frage 2: JA

Unsere Fraktion hat sich dazu entsprechend geäußert und auch schon Anfragen zu diesem Thema an die Landesregierung gerichtet.

Frage 3: JA

Wir sehen keinen Grund für die Diskriminierung bestimmter Verkehrsteilnehmer und dementsprechend auch nicht von Motorradfahrern.

Frage 4: JA

Motorräder, die die gesetzlichen Zulassungsbestimmungen erfüllen, sollten nicht in der Mobilität eingeschränkt werden. Die geplante Begrenzung der zulässigen Geräusch-Emission neuer Motorräder auf 80 Dezibel ist dagegen eine sinnvolle Maßnahme zur Verminderung der Lärmbelastigung

Frage 5: NEIN

Die AfD spricht sich für eine gleichberechtigte Weiterentwicklung aller Antriebstechnologien einschließlich des Verbrennungsmotors und der Dieselschifftechnologie und gegen eine einseitige Förderung der Elektromobilität aus. Bei eventuellen Rückfragen sowie für nähere Erläuterungen stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frisch, MdL

(Spitzenkandidat AfD Rheinland-Pfalz)

7. DIE LINKE Rheinland-Pfalz: Antworten

Sehr geehrter Herr.....

Lieber Bundesverband der Motorradfahrer e.V.,

anbei sende ich Ihnen, wie telefonisch besprochen, die überarbeitete und konkretisierte Fassung der Beantwortung der Wahlprüfsteine des Bundesverbands der Motorradfahrer e.V. zur kommenden rheinland-pfälzischen Landtagswahl. Zur einfacheren Bearbeitung sende ich Ihnen diese als Word-Dokument. Beste solidarische Grüße und vielen Dank für das nette und klärende Gespräch

D. ... J.

Mitarbeiter im Bereich Dienstleistungen

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für die Polizei und Präventionsmaßnahmen: Der Bundesverband der Motorradfahrer (BVDM e.V.) lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrer, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Polizei benötigt dazu ausreichende personelle und technische Ressourcen. Werden sich Ihre Partei, werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende Ressourcen bei der Polizei und für Präventionen einsetzen?

JA (x) NEIN ()

Verkehrslärm ist nicht nur lästig, Verkehrslärm ist gesundheitsschädlich. Deswegen ist eine der Aufgaben der näheren Zukunft, alle Verkehrsträger leiser zu machen: Autos, Motorräder, Busse, Bahnen und Flugzeuge müssen deshalb bei Lärm- und Schadstoffemissionen dem Stand der Technik entsprechen. Und natürlich: wer Ge- und Verbote erlässt, muss auch für die Kontrolle sorgen. Dafür müssen Polizei und Ordnungsämter technisch und personell ausgestattet werden.

2. Motorrad-Streckensperrungen: In Rheinland-Pfalz gibt es Streckensperrungen einseitig nur für Motorräder. Entweder vollständig oder zeitweise. Es drohen weitere Streckensperrungen. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen einseitig nur für Motorradfahrer aussprechen?

JA (x) NEIN ()

Prinzipiell sollte bei der Erwägung von Streckensperrungen zwischen der Verkehrssicherheit und Gleichbehandlung aller motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen abgewogen werden. Eine pauschale Ungleichbehandlung einer gesamten Gruppe auf Grundlage des Fehlverhaltens einiger Weniger lehnen wir ab, damit auch einseitige und v.a. unbegründete Streckensperrungen nur für Motorräder. Streckensperrungen können nur das letzte Mittel sein, wenn alle anderen Maßnahmen gegen Raser*innen und Lärm nicht helfen, das betrifft jedoch nicht ausschließlich Motorradfahrer*innen. Eine ausschließliche Streckensperrung nur für Motorräder kommt für uns nur aus Sicherheitsgründen in Frage, bspw. auf Strecken, auf denen es häufig zu schweren Unfällen mit motorisierten Zweirädern kommt. Sie sollte jedoch die Ausnahme bleiben und muss im Einzelfall unter Einbeziehung der Betroffenen sowie allgemeiner Statistiken zur Unfallhäufigkeit gut begründet sein. Dabei muss im Einzelfall beachtet werden, ob straßenbauliche Zustände und nicht das Fehlverhalten einzelner Motorradfahrer*innen ursächlich für eine erhöhte Unfallhäufigkeit motorisierter Zweiräder sind. Auch sollte berücksichtigt werden, ob die erhöhte Unfallhäufigkeit durch sog. mindere Maßnahmen, also den Verkehr leitende Eingriffe (bspw. Einschränkungen der Höchstgeschwindigkeit, Überholverbote in bestimmten Streckenabschnitte, Nachtfahrverbote etc.), reduziert werden kann. Grundsätzlich werden Motorräder, wie alle anderen Fahrzeuge auch, bei Einhaltung der technischen Regeln für den allgemeinen Verkehr zugelassen. Daraus erwächst ein Rechtsanspruch und es muss der Vertrauensschutz gelten. Streckensperrungen nur für Motorräder als vermeintlich kostengünstigste Maßnahme der Lärmreduzierung lehnen wir ab.

3. Tempolimits einseitig nur für Motorräder: In Rheinland-Pfalz drohen auf einigen Straßen Tempolimits einseitig nur für Motorräder. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen einseitige Tempolimits nur für Motorräder aussprechen?

JA (x) NEIN ()

Ein Fahrzeug ist immer und überall so zu führen, dass Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer*innen minimiert werden. Faktisch haben wir schon heute für alle Fahrzeuge ein Tempolimit – unangepasste Geschwindigkeit ist eine Ordnungswidrigkeit, ggfls. eine Straftat. Wir halten auch nichts davon, Motorräder per Exklusiv-Tempolimit zum Verkehrshindernis zu machen – Geschwindigkeitsbegrenzungen sorgen dann für mehr Sicherheit und besseren Verkehrsfluss, wenn sie für alle Fahrzeuge gelten.

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot einseitig nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in Rheinland-Pfalz. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich nachdrücklich gegen einseitige Fahrverbote nur für Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA (x) NEIN ()

Wir wollen Verkehrslärm bekämpfen, nicht einzelne Halter*innen oder Fahrzeuge. Die Lärmemissionen des motorisierten Individualverkehrs müssen verringert, die entsprechenden Zulassungsvorschriften also angepasst werden. Bereits zugelassene Fahrzeuge genießen Bestandsschutz. Insbesondere eine Ungleichbehandlung, die lediglich einen Ausschluss zu lauter Motorräder vorsieht, jedoch die gleiche Messlatte nicht an den restlichen motorisierten Individualverkehr anlegt, lehnen wir ab. Klar muss aber auch sein, dass das mehr oder weniger legale „Lärmtuning“, beispielsweise mit extrem lauten Schalldämpfern aus dem Zubehör-Regal, ein Ende finden muss. Und „Lärmklappen“, die schon ab Werk und mit legaler Zulassung die Steigerung der Lärmemissionen ermöglichen, wollen wir verbieten.

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-Roller hingegen nicht. Elektromotorräder/-Roller nehmen im Vergleich zu PKW erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemission. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-Roller einsetzen?

JA () NEIN (x)

Wir sehen die staatliche Förderung der E-Mobilität grundsätzlich kritisch – sie bevorzugt Wohlhabende und bindet Mittel, die wir für die sozial-ökologische Verkehrswende brauchen. Überdies halten wir die Förderung einzelner Antriebskonzepte nicht für zielführend. Unser Schwerpunkt ist der Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs, idealerweise zum Nulltarif. Wir bezweifeln hinsichtlich der E-Fahrzeuge auch grundsätzlich den ökologischen Vorteil: Der hohe Rohstoffverbrauch, zum Beispiel für die Akkus und die vergleichsweise geringe Lebensdauer (siehe E-Scooter), sind das Gegenteil von Ressourcenschonung.